Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 4. Steinheim, Donnerstag, den 13. Januar 1921. 26. Jahrgang.

Regierung und Beamte.

Verständigung über die Beamtenforderungen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamtenorganisationen wird halbamtlich mitgeteilt:

Im Verlauf des Freitags haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Teuerungszuschläge mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahner-Großorganisationen stattgefunden, an denen unter anderen außer dem Reichsfinanzministerium das Reichsverkehrsministerium und das Reichspostministerium beteiligt waren. Diese Besprechungen führten nach langen Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen bis auf einen Punkt, in welchem der Deutsche Beamtenbund glaubte, seine Bedenken nicht zurückstellen zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidung des Reichsfinanzministers und des Reichskabinetts, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben werden.

*

7 Milliarden neue Steuern zur Deckung der Beamtenforderungen.

So erfreulich das rasche Zustandekommen einer Einigung zwischen Regierung und Beamten sein mag, ist auf der anderen Seite die Ungewißheit über die Deckung der Mehraufwendung sehr groß. Der Etat wird, wie der Reichsfinanzminister Dr. Wirth in der letzten Sitzung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates mitteilte, durch das Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen der Eisenbahner eine sehr erhebliche Belastung erfahren. Falls diese Forderungen in der Höhe bewilligt werden sollen, in der sie beantragt sind, so würde sich daraus eine Mehrbelastung von sechs Milliarden Mark ergeben. Dazu kämen aber eventuell noch die Ersatzansprüche, die Gemeinden und Länder aus den automatisch sich ergebenden Zusatzforderungen ihrer Beamten ergeben würden, so daß man im ordentlichen Etat mit einem Mehrbedarf von sieben Milliarden Mark rechnen müsse.

Der Finanzminister erklärte, daß er seine Stellung zu einem Entgegenkommen gegenüber den Beamten im Kabinett und im Reichstag davon abhängig machen werde, daß für die eventuellen Bewilligungen auch gleich Deckungen sichergestellt würden. Der Minister faßte im wesentlichen Tarifserhöhungen der Eisenbahn, Erhöhungen der Postgebühren neben verschiedenen Steuern als Deckungsmöglichkeiten ins Auge.

Westeuropäische Zeit im Rheinland.

Schwere Schädigung des öffentlichen und bürgerlichen Wirtschaftslebens.

Seit dem vorigen Winter 1919/20 hatten die militärischen Oberbehörden des fremden Besatzungsheeres sämtlichen besetzten deutschen Ländern am Rhein für den vollen amtlichen und privaten Verkehr die westeuropäische Zeit aufgezwungen. Wer diese einschneidende Maßregel nicht am eigenen Leibe verspürt und so Gelegenheit gehabt hat, ihre alltägliche Wirkung auf allen Seiten des Verkehrs vom besetzten ins unbesetzte Gebiet auf der ganzen Länge der Grenze zu beobachten, kann sich keinen Begriff davon machen, was für eine Unordnung dieser einstündige Unterschied zwischen dem rechten und dem linken Stromufer dauernd hervorrief.

Für die Wende 1920/21 hatte zunächst niemand dieselbe oder eine ähnliche Gewaltmaßnahme befürchtet am allerwenigsten aber eine solche, die, scheinbar ermäßigt, dennoch in die Tageseinteilung der Millionen deutscher Staatsbürger der besetzten Landschaften noch weit unangenehmer und nachteiliger eingriff als jene schwer empfundene des ersten „Friedens"-Winters. Keine Feststellung der mannigfachen Schädigung des öffentlichen und bürgerlichen Wirtschaftslebens, kein vorsichtig durchklingender Widerstand der in ihrer Zeitüberlieferung für den Werktag des Familien- und Berufsdaseins empfindlich belästigten Bevölkerung, kein zarter Einspruch deutscher Amtsstellen vermochte die Verordnung der „Rheinischen Oberkommission" hinanzuhalten. Jetzt gilt nämlich seit 23. Oktober 1920 die französische, d. i. die nach Paris berechnete westeuropäische Zeit für den gesamten Eisenbahnverkehr aller besetzten Gegenden, während in den übrigen die deutsche, also die mitteleuropäische, für die Tageseinteilung des Alltagsdaseins beibehalten werden durfte.

So reißt nun also diese plötzlich scharfe Abweichung, nämlich die mit dem 24. Oktober vorgenommene Rückdatierung der Uhr um eine Stunde erst recht eine schroffe Kluft in die allgemeine Abwicklung der wirtschaftlichen Verrichtungen, verschiebt Anfang und Schluß der Unternehmungen der Großindustrie. Sie kettet nämlich die mit der Bahn anfahrende Hauptmasse der Fabrikarbeiter an eine um eine Stunde spätere Tageszeit als die im oder beim Geschäft wohnenden Angestellten, beeinflußt so die Wechselbeziehungen zwischen Groß- und Kleingewerbe gar ärgerlich, zerschneidet die Gemeinsamkeit der Mahlzeiten wie überhaupt der laufenden Geschäfte innerhalb der Familie wie des Hauses und vergewaltigt die angeborene und gewohnte Tageseinteilung tausender deutscher Staatsbürger nebst ihrer Millionen Angestellten und Familienmitglieder.

Wo wurde jemals einem so starken Bruchteil eines großen Kulturvolkes, wie ihn unsere rheindeutsche Einwohnerschaft darstellt, eine ähnliche beschränkende und zugleich entwürdigende Fessel aufgenötigt? Diese monatelang, nämlich bis äußerlich der Frühling in Deutschland wieder einzieht, geltende Verfügung greift natürlich automatisch durch die gesprengten Eisenbahnschlüsse, u. a. auf das unbesetzte rheinische Gebiet ebenso störend über.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. Januar 1921.

— Reichskanzler Dr. Konstantin Fehrenbach ist am 11. Januar 69 Jahre alt geworden.

— Der bisherige Generaldirektor Heineken vom Norddeutschen Lloyd wird als zukünftiger deutscher Botschafter in Washington genannt.

— Der portugiesische Gesandte Lambertino Pinto in Berlin ist nach kurzer Krankheit gestorben.

— Die Frist für die Genehmigung der gemeindlichen Zusatzsteuer zur Einkommensteuer für das Jahr 1920 ist von dem Finanzminister bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

— Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist am Dienstag zusammengetreten, um die vor Weihnachten unterbrochene Beratung über die Entwaffnungsfrage sowie über die oberschlesische Frage fortzusetzen.

— In Köln ist am 10. Januar ein Parteitag des rheinischen Zentrums zusammengetreten, der sich vornehmlich mit der Rheinlandfrage beschäftigt.

— Die deutsche Regierung hat das Angebot der französischen Regierung, den Eltern des gelegentlich einer Tanzbelustigung in Ingelheim getöteten Mädchens aus Frankfurt a. M. 25 000 Franken Sühnegeld zu zahlen, als ungenügenden Schadenersatz abgewiesen.

*

:: **Die Brüsseler Konferenz.** Unter dem Vorsitz des Außenministers Dr. Simons finden in Berlin zur Zeit Beratungen für Brüssel statt. Den Erörterungen liegen neue, aus Paris eingetroffene Vorschläge der französischen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage zugrunde, die schon dadurch von Bedeutung waren, daß in ihnen zum ersten Male von einer aktiven Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau Frankreichs die Rede ist. Auch sonst sind diese Vorschläge, der „Voss. Ztg." zufolge, höchst beachtenswert, und man scheint in den deutschen industriellen Kreisen anzunehmen, daß sie eine geeignete Grundlage für Verhandlungen der Wirtschafter Deutschlands und Frankreichs bieten werden. An den bevorstehenden Verhandlungen über die industrielle Organisation der deutschen Lieferungen werden nun auch Vertreter der deutschen Industrie teilnehmen. Die deutsche Regierung hat den Alliierten vorgeschlagen, daß neben den Herren Staatssekretär Bergmann und Reichsbankpräsident Havenstein die vom Reichsverband der deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Voegeler und Kommerzienrat Kloeckner als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 11. Januar.

Die erste Sitzung nach den Weihnachtsferien.

Die Landesversammlung hatte heute ein volles Haus. Die Reihen der Abgeordneten weisen zwar, wie gewöhnlich in der ersten Sitzung nach den Ferien, große Lücken auf, dafür sind die Tribünen um so besser besetzt. Die Zuschauertribünen waren bis auf den letzten Platz von Hebammen und Krankenschwestern besetzt, da auf der Tagesordnung als dritter Punkt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Neuregelung des Hebammenwesens steht. Selbst ein Teil der Pressetribüne wird von den Vertreterinnen des Hebammenstandes in Anspruch genommen.

Landwirtschaftshaushalt.

Zunächst wird die Beratung des Staatshaushalts bei dem Landwirtschaftsetat fortgesetzt. Landwirtschaftsminister Braun rechtfertigte die von ihm verfügte Auflösung des Landesökonomie-Kollegiums damit, daß das in den letzten zehn Jahren nur fünfmal getagt habe.

Der Unabhängige Klausner wendet sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide, weil das Volk dadurch nur noch mehr ausgewuchert werde. Die Ablieferungsleistung der Landwirte sei völlig ungenügend.

Abg. **Siemen** (Dem.) regt an, die Zwangswirtschaft für Getreide nach der nächsten Ernte aufzuheben.

Bei der Abstimmung ergibt sich Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Der amerikanische Botschafter in Paris erhielt die Weisung, an der internationalen Konferenz am 19. Januar nicht teilzunehmen.

Drei Kommunisten.

Mit wenig Hab und Gut, aber mit einem großen Sack voller Hoffnungen und Ideen sind in diesem Sommer eine große Anzahl Industriearbeiter und Siedler nach Rußland ausgewandert, um auf der blutdurchtränkten Erde des zusammengestürzten Zarenreiches sich ein neues Heim zu gründen. Aber es galt ihnen noch mehr. Sie wollten Rußland als das gepriesene Reich zur Erlösung der Menschheit mit aufbauen helfen und der Weltrevolution, der Religion des gottarmen Proletariers, zum Sieg verhelfen.

Die heilige Erde Rußlands hat ihnen nicht gegeben, was sie suchten: Frieden und Brot. So sind sie nach schweren inneren Kämpfen und harten Entbehrungen wieder heimgezogen und die letzten Rückwanderer haben vor kurzem die deutsche Ostseeküste berührt. Es sind ihrer drei.

Der eine, ein heißblütiger, aufgeregter, nervenkranker Zwanziger, äußerlich von kräftigen Formen, faßet sein Erleben in die wenigen Worte zusammen: „Ich bin als Gewaltkommunist hinausgezogen und bin als liebender Kommunist nach Hause gekommen." Also Rückkehr vom Politischen ins rein Menschliche.

Der Zweite, eine sinnende, düstere Natur, ein Grübler und doch wieder Willensmensch genug, um eigenen Gedanken Wirklichkeit zu geben. Auch er hat offensichtlich körperlich gelitten. Bei jeder inneren Erregung schießt ihm das Blut, vom nervös arbeitenden Herzmuskel gepeitscht, ins blasse Gesicht und formt die Gedanken in stoßweise vorgebrachte Sätze. In Rußland ist gar kein Kommunismus! Das Ganze ist eine Arbeiterbourgeoisie! Wer in maßgebender Stelle sitzt, kann es aushalten, die anderen darben. Wir wollten alle etwas leisten, aber wir konnten wenig arbeiten. Die Hälfte von uns war immer krank. Ich wollte durchhalten, ich wollte auch arbeiten, ich habe auch gearbeitet, habe auch ein Zeugnis, daß meine Arbeit anerkannt worden ist, aber ich konnte zuletzt nicht mehr. Mit leerem Magen kann man nicht arbeiten. Dann sagte er weiter, wer ein richtiger Kommunist ist, muß auch für seine Ideale gegebenenfalls sterben. Aber so weit reichte sein Idealismus nicht, er wollte am Leben bleiben. —

Der Dritte ist ein kleines, blasses Menschenkind, auf dessen Kommen sich noch ein Vater und eine Mutter freuen. Von Natur harmlos und gutmütig, erzählt er mit schwacher Stimme und schlichten Worten, wie es ihm ergangen ist. Er wollte mal „fortmachen", wollte Rußland mit aufbauen helfen, glaubte auch, bessere Lebensbedingungen vorzufinden als in seinem sächsischen Industriestädtchen. Doch die Verhältnisse waren stärker als seine schwächliche Natur und so hatte er sich entschlossen, den Staub von der heiligen Erde Rußlands abzuschütteln und wieder in die alte Heimat zurückzukehren.

So verschieden alle Drei in ihrem Wesen und ihren Auffassungen über ihre Erlebnisse in Rußland sind, einigt sie doch der eine Gedanke, daß zur Einführung eines wahren Kommunismus nicht Diktatur und Maschinengewehre genügen, sondern Menschen, die den Nächsten lieben gleich wie sich. Wer zween Röcke hat, der gebe einen Rock dem der keinen hat, aber lasset die linke Hand nicht wissen, was die rechte tut.

Scherz und Ernst.

tk. **Der Hirsch als Schlangenfresser.** Eine merkwürdige Mär erzählte man sich früher vom Hirsch. In einem alten Buche wird sie wie folgt berichtet: „Wenn der Hirsch alt worden und ihm das Geweihe oder die Hörner wie dann auch die Haare gar zu lang gewachsen, dann gehet er zu einer Höle und ziehet aus derselben durch seinen starken Atem eine Schlange herfür in die Nase, wodurch er so sehr erhitzet und angestecket wird, daß er alsbald mit großer Begierde seinen Durst zu löschen frisch Wasser sucht. Wann er das gefunden, lauffet er hinein biß an den Kopff, stehet also im Wasser und trincket doch nicht (weil ihm das die Natur gelehret), bis ihm die Tränen häuffig aus den Augen lauffen (aus welchen, wenn sie verhärten, wird der köstliche Stein Bezoar), wann solches geschehen, so trincket er überflüssig und fallen ihm alsdann die Hörner ab, wie nicht weniger die Haar aus." Diese Historie ist jedenfalls eigenartig und interessant. Um ihre Wahrhaftigkeit zu prüfen, hat man früher auch allen Ernstes Hirschen Schlangen vorgeworfen, doch sind sie von dem edlen Wild weder durch die Nase eingesogen worden, noch mit dem Maule verzehrt. Heute glaubt natürlich kein Mensch mehr an diese Sage, ebenso ist es allbekannt, daß der Bezoarstein nicht eine versteinerte Hirschträne ist, sondern sich im Magen und Darm mancher Tiere, die kostbarsten im Körper der Bezoarziegen bilden.

tk. **Die Wahlmündigkeit in Sachsen.** Der Stadtrat zu Burgstädt i. Sa. veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

„Jahrzehntelang ist um das allgemeine, gleiche Wahlrecht gekämpft worden. Jetzt, nachdem es gewährt ist, wird es mißachtet. Etwa 40 Prozent der Wähler und Wählerinnen zur Stadtverordnetenwahl haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt und dadurch das Recht verwirkt, am Bier- und Kaffeetisch über den Gang der öffentlichen Geschäfte zu kritteln und zu nörgeln. Es ist von Seiten hiesiger Einwohner der Antrag gestellt, solche gleich-

gültigen Leute durch öffentliche Bekanntgabe ihrer Namen an den Pranger zu stellen. Aus Sparsamkeitsgründen muß hiervon abgesehen werden. Doch ist in anderer Weise diesem Zweck gedient. Das Verzeichnis der Nichtwähler und Nichtwählerinnen liegt im Einwohnermeldeamt ununterbrochen zu Jedermanns Einsicht aus."

Beginn der Entwaffnungskonferenz.

Churchill in Paris.

Der englische Feldmarschall Wilson ist in Paris zu Besprechungen mit Foch eingetroffen. Auch der Kriegsminister Winston Churchill weilt seit einigen Tagen in der französischen Hauptstadt. Damit haben die Untersuchungen bezw. Nachprüfungen hinsichtlich der deutschen Abrüstungen und die entscheidenden Verhandlungen in der Abrüstungsfrage begonnen. Die Beratungen Wilsons und Fochs gelten zweifellos der Entwaffnungsfrage, über die Foch bekanntlich ein Gutachten verfaßt hat, das er vor dem Obersten Rat erläutern will. Nach holländischen Meldungen soll auf französischer Seite bereits ein genau umschriebener Plan vorhanden sein, um die Entwaffnung durchzusetzen.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll es noch nicht ganz sicher sein, daß Lloyd George selbst zur Konferenz fahren wird. Er wird sich voraussichtlich durch Lord Curzon oder Churchill vertreten lassen. Italien wird vermutlich nur durch Graf Sforza vertreten sein. Man rechnet mit mehrwöchigen internen Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Regierungsmitgliedern.

Das Ergebnis der Entwaffnung.

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis der freiwillig abgelieferten, angekauften, beschlagnahmten und angemeldeten Waffen nach dem Stande vom 10 Januar: 962 Geschütze, Minenwerfer, Flammenwerfer, 18 067 Maschinengewehre, 1680 Minenpistolen, 2 201 584 Gewehre und Karabiner, 78 325 Revolver und Pistolen, 85 616 Handgranaten, 3553 Geschützteile, 245 357 Maschinengewehrteile, 312 905 Gewehrteile, 46 241 899 St. Handfeuerwaffen-Munition. — Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind 215 559 Gewehre bereits eingezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1086 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einziehen der Organisationswaffen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

Amerika zieht sich zurück.

Austritt Amerikas aus dem Obersten Rat.

Nach einer Meldung aus Washington hat der amerikanische Botschafter in Paris Wallace die Anweisung erhalten, dem französischen Ministerpräsidenten Leygues als Vorsitzenden der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung aus dem Obersten Rat ausscheide und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde.

Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß sie nach den Wahlen, die gegen sie ausgefallen sind, nicht mehr die Verantwortung für dauernde politische Entschlüsse im Zusammenhang mit den europäischen und Friedensfragen übernehmen könne. Dagegen werde Amerika seinen Platz im Wiedergutmachungsausschuß und in der Rheinlandkommission nach wie vor beibehalten, so daß es bei den Entscheidungen über Durchführung des Abkommens von Spa (Entwaffnungsfrage usw.) mitsprechen könne.

*

Der jüngste Schritt der amerikanischen Regierung steht in Zusammenhang mit den Bemühungen der französischen Regierung, sich des Einverständnisses Amerikas für den Fall einer Besetzung des Ruhrgebiets zu versichern. Wie erinnerlich, ist bereits auf der Friedenskonferenz in Paris zwischen Wilson und Clemenceau ein heftiger Streit um die dauernde Besetzung des linken Rheinufers entbrannt. Nur die Drohung Wilsons, sich gänzlich von den Friedensverhandlungen zurückzuziehen und Frankreich, Italien und England militärisch, wirtschaftlich und politisch ihrem Schicksal zu überlassen, hat Clemenceau veranlaßt, sich mit einer befristeten Besetzung des Rheinlandes vorläufig zufrieden zu geben.

Frankreich hat jedoch auf seine Rheinpläne keineswegs verzichtet. Nach Wilsons Wahlniederlage hoffte man jetzt seinen Nachfolger Harding für die imperialistische Politik Frankreichs in Europa gewinnen zu können. In einer offiziellen Mitteilung an die Vereinigten Staaten hat die französische Regierung neuerdings die Behauptung aufgestellt, Deutschland verletze den Friedensvertrag böswillig und komme den einzelnen Verpflichtungen nicht nach. Gleichzeitig erkundigte man sich, wie die amerikanische Regierung sich zu etwaigen Strafmaßnahmen stellen würde.

In Washington hat man, wie die „New York Times" schreibt, den Bericht aufmerksam geprüft und Grund zu der Annahme gefunden, daß eine derartige Behauptung nur den schlecht verhehlten französischen Wunsch nach Besetzung der Rheinprovinz verberge. Die amerikanische Regiernug würde die Ausführung eines solchen Planes voller Unruhe verfolgen und nicht verfehlen, einzugreifen, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland vorgehen sollte.

Um die Verantwortung für geplante französische Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland abzulehnen und sich für alle Fälle freie Hand in den europäischen Angelegenheiten zu sichern, hat die amerikanische Regierung sich jetzt endgültig aus dem Obersten Rat zurückgezogen. Die jetzt noch verbleibenden amerikanischen Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß und in der Rheinlandkommission werden zweifellos auch abberufen werden, wenn man Deutschland durch Besetzung neuer Gebietsteile zur Anerkennung neuer, unerfüllbarer Wiedergutmachungs-Verpflichtungen zwingen wollte.

Neue Eisenbahnerkrise.

„Völlig unzureichende Zugeständnisse."

Die Vereinbarungen zwischen der Regierung und dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahnerverbände haben in den Kreisen der Eisenbahner eine äußerst ungünstige Aufnahme gefunden. Fast in sämtlichen Direktionsbezirken haben Protestaktionen eingesetzt, so daß die vier großen Eisenbahnerorganisationen sich wohl kaum zur endgültigen Annahme des mit der Regierung getroffenen Abkommens entschließen dürften.

Bisher hat erst der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in zweitägiger Beratung zu dem durch den Sechzehner-Ausschuß und die Regierung zustandegekommenen Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, veranlaßten die völlig unzureichenden Zugeständnisse und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlußfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der Beschluß steht demnach noch aus.

Die Regierung und die Beamtenforderungen.

Das Reichskabinett hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches beschäftigt. Dem Wunsche der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister der Länder, vor endgültiger Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer auf Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits jetzt im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Fehlbeträge, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

Der Handel mit Deutschland gesucht.

Auch Belgien wird vernünftig.

!! Vor Toresschloß von 1920 kam noch die Nachricht, daß die belgische Regierung beschlossen hat, auf die Beschlagnahme der deutschen Privatguthaben gemäß § 18 des Versailler Vertrages zu verzichten. Belgien folgt darin dem Beispiel von England, das bereits im Oktober den Verzicht ausgesprochen hatte.

Was bedeutet das? Zunächst eine Erleichterung für die Deutschen, die in England oder Belgien Geschäfte treiben. Dann aber auch eine Durchlöcherung des Versailler Vertrages.

In Versailles hatten sich die verbündeten Regierungen die Vollmacht geben lassen, die Privatguthaben der Deutschen zu beschlagnahmen in dem Fall, daß der Vertrag seitens Deutschlands nicht erfüllt wird. Auf der Gegenseite wird bekanntlich in einem fort behauptet, Deutschland erfülle den Vertrag nicht, wenn irgendwo ein überzähliger Soldatenhelm entdeckt wird oder eine Tonne Kohlen ausgeblieben sein soll. Infolgedessen kann jeder Sieger, wenn er will, alle Augenblicke einen Vorwand finden, um deutsche Guthaben zu beschlagnahmen. Also ist unter diesem § 18 das deutsche Privatvermögen in den ehemals feindlichen Ländern vogelfrei. Der deutsche Geschäftsmann scheut natürlich dieses Risiko. Wenn er Außenhandel oder sonstige Unternehmungen in der Fremde betreiben will, so zieht er diejenigen Länder vor, die sein Eigentum respektieren: z. B. Holland und die anderen neutralen Staaten.

So kam es, daß die Vollmacht des § 18 sich als ein zweischneidiges Schwert erwies. Sie schreckt die deutschen Geschäftsleute ab und schädigt dadurch den Handel und Verkehr im eigenen Lande. Die Engländer, die einen alten, ausgebildeten Krämergeist besitzen, haben das zuerst eingesehen und kurzer Hand sich entschlossen, auf die bedenkliche Vollmacht zu verzichten. Jetzt folgen die Belgier nach, weil sie erkannt haben, daß ihr Handelshafen Antwerpen nicht wieder in Blüte kommen kann, wenn nicht die Deutschen wieder nach Antwerpen kommen. Die Deutschen gingen aber lieber nach Rotterdam, den holländischen Konkurrenzhafen, so lange in Antwerpen eine Beschlagnahme ihrer Guthaben drohte.

Der Verzicht ist nun eigentlich keine förmliche Abänderung des Vertrages, aber er bringt doch ein Loch in das Netz von Zwangsmaßregeln, das man vor zwei Jahren in Versailles so kunstvoll geflochten hatte. Die Sieger fangen an, einzusehen, daß der betreffende Paragraph nicht klug war und das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck erzielt. Sie bekommen Zweifel an ihrer eigenen Unfehlbarkeit und Allmacht. Das wird ihnen bei anderen Paragraphen des umfangreichen Gewaltfriedens auch noch passieren.

Sollen wir nun herzlich und ergebenst danke sagen? Keine Ursache! Die Engländer und die Belgier handeln nicht aus Mitleid oder Freundschaft, sondern einfach zu ihrem eigenen Vorteil. Die Engländer wollen den unmittelbaren Handelsverkehr mit Deutschland, der früher den größten Posten in ihrer Handelsbilanz bildete, wieder in Gang bringen, und die Belgier wollen die Deutschen von Rotterdam nach Antwerpen ziehen. Wegen Antwerpen haben sich die Belgier sogar ausnahmsweise einmal vom Rockschoß ihrer Pflegemutter Frankreich losgelöst. Sie hatten erst mit Frankreich wegen der Hebung von Antwerpen verhandelt, und als dabei nichts Rechtes herauskam, haben sie jetzt den Verzicht auf § 18 ausgesprochen, der den kampfsüchtigen Franzosen nicht gefallen kann.

Aus der Entwicklung ergibt sich, daß auf der Seite der Sieger die Unentbehrlichkeit Deutschlands im Weltverkehr immer mehr erkannt und respektiert wird. Trotz all' unserem Elend ist die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands so groß, daß auch die alten Gegner schon ein übriges tun müssen, um den Handel und Verkehr mit Deutschland wieder in Gang zu bringen.

Unser weltwirtschaftlicher Wert ist ein Gewicht.

Des Andern Ehre.

Roman von H. Courts-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Heinz senkte den Kopf, aber dann hob er ihn entschlossen und sah Henrici fest an. „Ich ahnte es — und wie die Dinge liegen, ist es mir lieb, daß Sie alles wissen, Herr Konsul. Aber gerade darum kann ich mir nicht erklären, weshalb Sie mich riefen."

Henrici sah mit düsterem Blick zu ihm hinüber. „Sie wundern sich, daß ich nicht mit der Waffe in der Hand Rechenschaft fordere über das, was geschehen ist?"

Heinz hielt seinen Blick aus.

„Jedenfalls war ich darauf vorbereitet, mich Ihnen zu stellen, obwohl, — wenn Sie alles wissen, Herr Konsul, — es ist im Grunde nichts geschehen —"

Henrici winkte hastig ab. „Ja, ja — man ist sehr milde im Urteil über sich selbst — wenn es nur des Andern Ehre gilt. Wären Sie an meiner Stelle, so würden Sie sagen: Es ist genug geschehen, was blutige Sühne heischt. Nur des Andern Ehre wird in solchen Fällen als Kleinigkeit behandelt. Ein leichtes Spiel mit des Andern Ehre, das gehört zum feinen Sport. Nein, nein, unterbrechen Sie mich nicht — es ist so. Auch ich habe es in meiner Jugend leichtgenommen mit des Andern Ehre, habe manche Schuld gehäuft in dieser Beziehung. Nun ist die Reihe an mir, der Andere zu sein. Auch Sie werden vielleicht eines Tages soweit sein. Das Leben ist ein unbestechlicher Richter. — Ich kenne Sie genug, um zu wissen, daß Sie sich nicht mit bösem Willen an mir vergangen haben. Eine große Leidenschaft war es auch nicht, die Sie dazu trieb, sonst — sonst hätten Sie nicht im Augenblick der Entscheidung der Vernunft Gehör gegeben und die Frau, die unglücklicherweise tiefer und heißer empfand, zurückweisen können. Sie sehen," — er atmete gepreßt auf — „ich urteile ganz ruhig und sachlich. Also bleibt auf Ihrer Seite nur ein leichtsinniges Spiel mit des Andern Ehre. Nicht wahr?"

Heinz neigte den Kopf. „Ich kann und will nicht widersprechen; es ist so, wie Sie sagen, und — ich kann nichts tun, als mich zu Ihrer Verfügung stellen."

„Das heißt — wir knallen ein paar Kugeln gegeneinander los. Schieße ich Sie über den Haufen — dann sind Ihre braven Eltern diejenigen, die gestraft werden. Falle ich — wo bleibt dann in diesem Falle die ausgleichende Gerechtigkeit? Was ist solch ein Duell anderes als eine sinnlose Posse? Selbst wenn, was gottlob verhütet wurde, etwas über unsere Angelegenheit in die Oeffentlichkeit gedrungen wäre, hätte ich mich nicht dazu verstanden, solch einen Duellunsinn auszuführen. Ich habe ein Gelübde getan, nie mehr im Duell einem Gegner gegenüberzutreten. Das geschah, als ich in die brechenden Augen eines Mannes sah, dem ich erst die Ehre gestohlen und den ich dann im Duell erschossen hatte. Deshalb habe ich auch kein Recht, mich Ihnen gegenüber als Richter aufzuwerfen. Ich überlasse Sie Ihrem eigenen Gewissen. Das ist Strafe genug für Ihren Leichtsinn, wenn Sie sich sagen müssen, Sie haben das Dasein einer Frau zerstört, die Ihnen nichts zuleide tat, die Sie nur zu sehr geliebt hat. Sie wird vielleicht nie darüber hinwegkommen. Wenn Sie bedenken, daß sie so verzweifelt war, daß sie das Leben von sich werfen wollte, dann wird Ihnen in der eigenen Brust ein Richter erstehen, der sich nicht beirren läßt wie eine vom Zufall geführte Pistolenkugel. Danken Sie dem Geschick, daß Sie selbst das Leben retten durften, welches Sie in Gefahr brachten, denn nichts ist furchtbarer, als der Gedanke, schuld zu sein an dem Tode eines Menschen."

Heinz hatte bleich, mit festgeschlossenen Lippen zugehört, ohne sich zu regen. Nun sah er bewegt in das düstere Gesicht des Konsuls. „Alles, was Sie mir gesagt haben, werde ich nie vergessen, Herr Konsul. Und glauben Sie mir — ich habe in diesen Tagen bereits einen Teil meiner Schuld abgebüßt. Nicht zuletzt im Gedanken daran, daß meine Eltern Leid zu tragen haben würden. Denn wenn Sie mich vor die Waffe gefordert hätten — ich hätte mich nicht gewehrt." Henrici nickte vor sich hin. „Das glaube ich Ihnen. Auch ich habe damals nicht auf das Herz meines Gegners gezielt. Der blinde Zufall führte die Kugel — oder doch vielleicht die Nemesis. Denn wahrlich — ich habe dadurch eine härtere Strafe erlitten, als wenn ich selbst gefallen wäre. Aber nun sind wir wohl zu Ende," fügte er, sich erhebend, hinzu. „Ich glaube nicht, daß wir uns noch etwas zu sagen haben."

Heinz erhob sich ebenfalls. „Darf ich noch eine Bitte aussprechen, Herr Konsul?"

Henrici verneigte sich, stumm gewährend.

„Bitte, sagen Sie Ihrer Frau Gemahlin, wie tief ich bereue, ihren Frieden gestört zu haben. Um Verzeihung wage ich weder Sie, noch Ihre Frau Gemahlin zu bitten."

„Ich werde gelegentlich meiner Frau Ihre Worte ausrichten," sagte der Konsul förmlich.

Mit einem stummen Gruß verabschiedeten sich die beiden Männer. Als sich die Tür hinter Heinz geschlossen hatte, preßte Henrici die geschlossenen Hände an seine Brust und senkte kraftlos das Haupt.

„Genug, — genug," stöhnte er, „jetzt hab ich genug gebüßt. Das war schwerer als alles andere." —

Heinz atmete tief und schwer, als er ins Freie trat. Daß der Konsul nur schwer seine Ruhe bewahrte, hatte er gefühlt. Schwer und drückend hatte sich gerade diese Selbstbeherrschung des beleidigten Mannes auf seine Brust gelegt. Die Worte, die er gesprochen, hatten sich tief eingegraben im Herzen des jungen Mannes.

„Nie wieder so vor einem Menschen stehen müssen — nie wieder freveln an des Andern Ehre!" Der Gedanke stieg wie ein Gelübde in ihm empor.

Planlos lief er lange umher. Noch nie war er so bis in die Tiefe seiner Seele erschüttert gewesen, wie jetzt durch Henricis Verhalten ihm gegenüber. Endlich schlug Heinz doch den Heimweg ein. Er dachte an Felix. Der würde ihn voll Unruhe erwarten. Und der Kleine hat es verdient um ihn, daß er ihn aus banger Sorge erlöste.

Er suchte Felix sofort auf und berichtete getreulich alles.

Felix drückte ihm die Hand. „Gottlob, Heinz — ich hatte einen schlimmeren Ausgang befürchtet."

Heinz nickte. „Ich auch. Aber trotzdem, Kleiner, ich bin mir nie so klein und erbärmlich vorgekommen, wie dem Konsul gegenüber. Und wenn mein Leichtsinn auch nicht dauernd ausgerottet ist — dazu ist er eine zu kräftige Wucherpflanze —, so ist mir doch eins gewiß: niemals vergehe ich mich wieder an des Andern Ehre."

*

Milchen schüttelte in der nächsten Zeit wieder und wieder sorgenvoll den Kopf. Heinz war beängstigend ernst und ruhig in diesen Tagen. Er trieb nicht mehr tausend Schnurrpfeifereien, neckte sie nicht mehr, gab ihr keine Veranlassung, über Respektlosigkeit zu räsonieren, ja — er nannte sie zuweilen gar Mutter und nicht Milchen. Sein Katarrh konnte nicht mehr schuld sein, der war geheilt.

„Junge, was ist nur los mit dir!" fragte sie ihn besorgt. „Es ist ganz unheimlich, wie du dich verändert hast. Du bist mit uns so höflich und rücksichtsvoll — und Mutter nennst du mich jetzt auch."

Heinz zwang sich zu dem alten scherzenden Ton, der ihm jetzt gar nicht recht gelingen wollte.

Inventur-Ausverkauf!

Beginn: Montag, den 17. Januar 1921.

Die zum Ausverkauf gestellten Waren sind größtenteils zu **Verlustpreisen** herabgesetzt.

Zum ersten Male seit 6 Jahren veranstalte ich wieder meinen aus Friedenszeiten bekannten Inventur-Ausverkauf. Der Mode unterworfene **Konfektion und Stoffe sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt** und biete ich **die billigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres.**

Zirka 300 Teile Damen- und Kinder-Confektion

Auf alle Stoffe, Kleiderstoffe, Buxkins, Wäsche, Strümpfe, Handschuhe, Handarbeiten während des Ausverkaufs 10 Prozent Rabatt.

Carl Herzfeld, Steinheim.

das auch in der politischen Wage wirkt. Die Vernichtungspolitik, die von den unversöhnlichen Hassern betrieben wird, findet ihr entscheidendes Hindernis darin, daß die Sieger dabei sich selber schädigen.

Von diesem Standpunkt aus muß man auch den „großmütigen" Plan der Amerikaner betrachten, die uns eine schöne Milliardenanleihe in Aussicht stellen zur Hebung des Handels mit Deutschland. Der Kredit wäre freudig zu begrüßen, wenn er auch die Ausfuhr aus Deutschland fördern wollte. Es sieht aber zunächst so aus, als ob die amerikanischen „Wohltäter" nur an die Einfuhr in Deutschland dächten, d. h. ihre Baumwolle und die sonstigen überschüssigen Rohstoffe und Lebensmittel gegen gesicherte Bezahlung in Deutschland los werden möchten.

„Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen," heißt es in einem alten römischen Vers. Wir müssen mißtrauisch oder wenigstens sehr vorsichtig sein gegenüber anscheinenden Wohltaten. F. N.

Das deutsche Kinderelend.

Ueber eine Million kranke Großstadtkinder.

Fast alle Sprachen der Welt haben in ihrem Wortschatz das grausige Wort von der Verelendung einer jungen heranwachsenden Generation aufgenommen; fast alle Zeitungen des Erdballs haben in mehr oder weniger bewegten Worten von dem grausigen Geschick der deutschen Kinder geschrieben; fast kein empfindendes Herz, das das Antlitz des Höchsten auf Erden trägt, hat nicht geblutet über die Not der Unschuldigsten . . . Und doch ist der Schrei der gesamten Kulturwelt nur bei denen ein gellendes Erinnern an die höchste Menschenpflicht gewesen, denen die Sinne nicht verblendet sind vom Kriegslärm und Völkerhaß. Unerbittlich, in herodianischer Unduldsamkeit, mildert die Entente nicht die furchtbaren Forderungen, die die durch die Folgen des unmenschlichen Krieges verseuchten und verseuchten Kinder vollends zu Boden werfen. Während verzweifelten Müttern die heißen stummen Zähren in unendlichem Gram auf die entstellten, mageren, kranken Körper ihrer Kinder rinnen und nur das schwache Leben zur Vernunft mahnt und den Fluch unterdrückt, brüten die gestrengen Herren in Paris über die Ablieferung der deutschen Milchkühe und stechen die hundertfachen Dolche in glänzenden Verhandlungen tiefer in das Mark unschuldiger Lebewesen!

Nun, wenn die Klagetöne sterbender, darbender Menschenstimmen nicht das Weltgewissen aus dem Schlaf zur Ernüchterung bringen können, so tun es vielleicht Zahlen! Nackte Zahlen! Zahlen, die unumstößlich für alle Zeiten menschlicher Geschichte feststehen und die die deutlichste Sprache reden von der großen Not der deutschen Kinder. Zahlen, die es verdienen, als stumme Ankläger in allen Gegenden, wo Menschen wohnen, genannt zu werden, und die allen denen, die helfen wollen, die Größe ihrer Aufgabe zu zeigen bestimmt sind:

Im deutschen Reiche starben in der Zeit von 1913 bis 1918 in Orten über 15 000 Einwohnern an Tuberkulose 83 Prozent mehr Menschen als in demselben Zeitraum im Frieden. Schon 1918 sind an den Folgen der Unterernährung 38 000 Kinder mehr gestorben als im Jahre 1913. In Preußen starben im Jahre 1913 7425 Kinder, im Jahre 1918 11 738 Kinder. Im Jahre 1914 Kinder von 5—15 Jahren 25 730, im Jahre 1918 hingegen 50 391. In 43 deutschen Großstädten stellte man 1920 200 633 Tuberkulose und 835 973 kranke und unterernährte Kinder, also insgesamt 1 036 606 kranke Großstadtkinder fest.

Davon sind in Berlin allein von 485 000 Kindern:

29 000 tuberkulös,
77 000 krank und stark unterernährt,
120 000 überhaupt unterernährt.

Die Sterblichkeit der Säuglinge im Jahre 1920 nahm gegenüber der Vorkriegszeit bei Kindern von 5—15 Jahren um 55 vom Hundert zu.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

**** **Steinheim**, 13. Januar.

*— **Frühlingsboten.** Gestern wurden uns die ersten Maikäfer überbracht. Sollte denn wirklich der Frühling in der Natur schon so nahe sein und dem Kalender Opposition bereiten wollen?

*— Die Mitglieder des Stenographenvereins „Celeritas" werden hiermit nochmals auf die heute Abend stattfindende Monatsversammlung aufmerksam gemacht.

*— **Gewerbeverein.** In der am 1. Januar stattgefundenen Versammlung wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Es wurde auf Anfrage des Westfälischen Verkehrsverbandes beschlossen, bei der zuständigen Behörde dahin vorstellig zu werden, daß der vormittags 7.03 in Steinheim abfahrende Personenzug Anschluß in Himmighausen für die Strecke Himmighausen-Herford erhalte; ferner daß am Sonntag vorm. der Zug Nr. 502 nach Altenbeken und Zug Nr. 507 Nachmittags nach Pyrmont wie an Werktagen, so auch an Sonntagen verkehre, und daß der Vormittags von Altenbeken kommende Güterzug erheblich früher gelegt werden möge. — 2. Da fast jeden Sonntag Festlichkeiten stattfinden, will der Verein auf die geplante Weihnachtsfeier verzichten, dagegen im Monat Mai aber einen größeren Ausflug unternehmen. 3. Es wurde beschlossen, daß zu den Monatsversammlungen auswärtige Redner gewonnen werden sollen, die über verschiedene wirtschaftliche Fragen sprechen sollen. Die Zahl der Vereinsmitglieder ist auf 150 gestiegen.

:: **Französische Beschwerde wegen verweigerter Milchlieferung.** Die französische Botschaft in Berlin hat im Auftrage der französischen Regierung beim Auswärtigen Amt darüber Beschwerde geführt, daß die städtischen Behörden die Zuteilung von Milch, wie sie an die deutschen Einwohner erfolgt, an die dortige französische Zivilbevölkerung abgelehnt habe, weil die französische Zivilbevölkerung bei den Milchzuteilungen der Besatzungsbehörden berücksichtigt werden. Dies sei unrichtig und die Weisung der städtischen Behörden bedeute eine Verletzung des Artikels 277 des Vertrages von Versailles.

:: **Zur Erhebung des Reichsnotopfers** schreibt uns das Reichsfinanzministerium: Unter den Aufgaben, die im Jahre 1921 an die Steuerverwaltung herantreten, steht in vorderster Linie die Erhebung des Reichsnotopfers. Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung haben in mühevollen und auf das äußerste beschleunigten Verhandlungen unter Zurückstellung weitergehender Wünsche die Grundsätze vereinbart, die in der Novelle vom 22. Dezember 1920 Gesetz geworden sind. Damit ist die Bahn frei geworden zur schleunigen Durchführung des Notopfergesetzes, die ihrerseits die notwendige Voraussetzung für die rechtzeitige Veranlagung der Einkommensteuer bildet. Ein abgekürztes Verfahren ermöglicht äußerste Beschleunigung mit dem Vorbehalte, daß jede Veranlagung demnächst sorgfältig nachgeprüft und nötigenfalls berichtigt wird. Die Anforderungen, die diese Sachlage an die Steuerbehörden stellt, sind ungewöhnliche, und es bedarf zugleich der Pflichttreue und der Sachkunde der Beamten, um ihnen gerecht zu werden. Der Reichsfinanzminister vertraut, daß alle Dienststellen von diesem Bewußtsein durchdrungen sind und daß alle Kräfte daran gesetzt werden, um die vorläufige Veranlagung des Reichsnotopfers in kürzester Frist durchzuführen. Dabei darf vorausgesetzt werden volles Verständnis für den Grundgedanken des Gesetzes, daß die Abgabe ohne Ansehen der Person als Opfer in der höchsten Not des Reiches zu erheben ist, daß aber unnötige Härten vermieden und Lebensbedürfnisse der Volkswirtschaft geschont werden müssen.

** **Raubmord an einer Greisin.** Die Bochumer Kriminalpolizei verhaftete den Gemüsehändler Martin Cremer und den Handelsmann Jakob Schloßmacher aus Krefeld. Die Beschuldigten haben am Silvesterabend die 81jährige Witwe Kirches bei einem Raubüberfall in ihrer Wohnung erschossen und ihren Sohn durch zwei Revolverschüsse schwer verletzt.

** **62 Schafe erstickt.** In dem elsässischen Dorfe Weißkirchen ließ ein Hirt nachts seine Schafe mit dem Hund zusammen in einem Stall. Der Hund riß sich los und drängte die ganze Herde in eine Ecke; dabei erstickten 62 Schafe.

** **Teilweise Betriebsaufnahme bei Thyssen.** Nach mehrtägigem Streik der Belegschaft der Thyssenhütte in Hamborn ist die Verwaltung in der Lage, die Hütte für beschränkten Betrieb wieder zu öffnen, da sich im Laufe der letzten Tage Tausende von Arbeitswilligen gemeldet haben. Der Streik auf den Schachtanlagen im Hamborner Bezirk ist so gut wie beendet.

** **Die historischen Lübecker Salzspeicher,** deren Abbruch kürzlich in einer Eingabe vom Senat verlangt wurde, sollen jetzt, wie das „B. T." aus Lübeck erfährt, nach Ablehnung dieses Gesuches, dem Verkehr erschlossen werden. Die Finanzbehörde beabsichtigt, in den alten Salzspeichern Verkaufsläden einzurichten. Nach Jahrhunderten der Ruhe und Abgeschiedenheit werden die historischen wertvollen Baudenkmäler der alten Hansezeit, die von der Denkmalspflege bisher so ängstlich behütet wurden, einen neuen Verkehrspunkt in Lübeck bilden.

** **Strandung eines spanischen Kriegsschiffes.** Der spanische Panzerkreuzer „Espana" ist längs der Küste von Puerto-Montt im Golfe von Fanons an der chilenischen Küste gestrandet. Die spanischen Delegierten, welche sich zur Jahrhundertfeier nach Magellan begeben wollten, waren nicht mehr an Bord des Schiffes. Der chilenische Kreuzer „Esmoralda" wurde zur Hilfeleistung herbeigerufen und nahm die Schiffbrüchigen auf. Man hofft, den Panzerkreuzer „Espana" zu retten.

Kleine Nachrichten.

* Der Professor der Philosophie und Psychologie an der Berliner Universität Dr. Benno Erdmann ist im Alter von nicht ganz 70 Jahren an einer Herzlähmung plötzlich gestorben.

* Der bekannte Berliner Rechtsgelehrte Geh. Justizrat Prof. Dr. Otto v. Gierke ist am 10. Januar 80 Jahre alt geworden.

* In den Wurzbacher Granitwerken in Thüringen ist ein Arsenikkiesgang erschlossen worden, dessen Analyse 32 Gramm Silber und 2 Gramm Gold auf die Tonne ergab.

* In der Nähe von Gardelegen ist der Flieger Petzold abgestürzt. Er war sofort tot.

* Durch eine Verfügung der Regierungskommission für das Saargebiet ist in diesem Jahre jede karnevalistische Veranstaltung im Saargebiet verboten worden.

* Der amerikanische Dampfer „West Arrow" trifft im Laufe dieses Monats mit 742 amerikanischen Milchkühen in Bremen ein.

* Nach einer Havasmeldung aus Buenos-Aires (Argentinien) ist dort ein Fahrzeug, in dem sich etwa 100 staatliche Arbeiter befanden, gekentert. Etwa fünfzig Arbeiter ertranken.

Gottesdienstordnung

in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Sonntag, den 16. Januar.

Kollekte für das Franziskanerkloster in Paderborn

Vormittags 6½ Uhr: Hl. Messe.
„ 7½ Uhr: Frühmesse. Gemeinschaftliche hl. Weihnachtskommunion der Jungfrauen-Congregation.
„ 10 Uhr: Hochamt.
Nachmittags 1½ Uhr: Andacht, welcher auch die Schulkinder beiwohnen.
„ 2½ Uhr wird der **Herr Pater** eine **Predigt** halten, zu welcher Männer und Frauen, ganz besonders die Mitglieder des Müttervereins und des 3. Ordens eingeladen werden.

N.B. Am Sonnabend nachmittag von 4 Uhr an ist ein Pater zum Beichthören anwesend.

Suche zum ersten April ein tüchtiges

- - Mädchen - -

Frau Justizrat Scheibner.

Eichen-Messer-Furniere,
in bester Qualität
Eichen-, Buchen-, Ahorn-, Rüstern- und Eschen-Schnittmaterial
liefert billigst:
K. Geveke, Holzhandlung
Hannover.

Bekanntmachung!

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1920.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuerjahre werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1920 bis spätestens Ende Januar 1921 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Auch kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 Mk. Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetze vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 Mk. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufführung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, Fischerei und des Gartenbaues. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen des Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Aerzte Rechtsanwälte usw.) sind steuerpflichtig.

Das Umsatzsteurgesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die im übrigen durch Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Steinheim, den 20. Dezember 1920.

Das Umsatzsteueramt. J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Vorbehaltlich weiterer Entscheidungen des Reichsministers der Finanzen werden die laufenden Steuern für das Rechnungsjahr 1921 bis auf weiteres von der Stadtkasse erhoben.

Steinheim, den 10. Januar 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Bekanntmachung!

Ehemalige Angehörige sowie Hinterbliebene von Angehörigen des Feldartillerie-Infant.-Regiments Nr. 17 und des ehemaligen Infant.-Ersatz-Bataillon Nr. 17 (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), die diesem Truppenteil im aktiven Dienst oder Beurlaubtenstande während des Feldzuges 1914—1918 angehörten, wollen sich mit den Militärpapieren zwecks Beantragung von Unterstützungen aus den von den Angehörigen des Inf.-Regiments Nr. 17 gesammelten Wohlfahrtsmitteln auf dem Magistratsbüro melden.

Steinheim, den 5. Januar 1921.

Der Bürgermeister: J. V.: Reineke.

Stenographen-Verein „Celeritas"

Einigungs-System „Stolze-Schrey."

Zu der heute abend um 8 Uhr stattfindenden

Monats-Versammlung

im Vereinslokale (Alex Schäfers)

werden die Mitglieder freundlichst eingeladen.

Vollzähliges Erscheinen sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Die Pächter der 14 Morgen werden ersucht, zwecks Pachtpreis-Einigung am Sonnabend, den 15. dss. Mts., Abends 1/2 7 Uhr, bei Herrn Gastwirt Joh. Schriegel zu erscheinen.

Meyenberg, Aukt.-Kom.

Von neuer Sendung empfehle:

Wurstegrütze, Zwiebeln, Kaffee- Wasch- Ess- und Likör-Service,
Graupen, Griesmehl, Etageren, Salzkümpe,
Maizena, Gustin, Kinderbecher u. -Tassen,
Mandeln, Mandelöl, Namenstagstassen,
Zitronen, Zitronenöl, Glasteller, Glaskümpe,
Perlsago, Linsen, Einkochgläser,
Erbsen, grüne und gelbe Gummiringe, Teller,
Vizebohnen, Blumenvasen,
Gurken, Reis, Braunes Geschirr,
Rohkaffee's, Kaffeekannen,
Gebraunte Kaffee's, Milchkannen etc.

F. Hillebrandt, Steinheim.

Mais und Maisfutter

offeriert:

M. Hochheimer, Steinheim.

Bruchleidende

Gürtelbruchband - Aeusserst bequem.

Tag und Nacht tragbares Spezialbruchband ohne Feder mit Gummigurt und hebender Pelotte. Durch zahlreiche Dankschreiben als hervorragend bequem und sicher wirkend anerkannt. Weitestgehenden Ansprüchen genügend. In eigener Werkstätte hergestellt vom **Harzer Sanitäts- und Bandagenhaus** Friedrich Rasche, Ballenstedt im Harz.

Zur Annahme von Bestellungen ist mein Vertreter anwesend in: Paderborn, Lohmann's Hotel „Deutscher Hof" am Montag, den 24. Januar 1921 von 9—3 Uhr.

Abreiss-Kalender

für das Jahr 1921 — empfiehlt:

Carl Simonowski, Buchhandlung.

Für kleinen Haushalt per sofort oder später ein jüngeres

Mädchen

für leichtere Hausarbeit gesucht.

E. Loewenstein
— Paderborn —
Ueckern Nr. 13.

Prachtvolle, feste

- Büste -

für jede Dame in nur wenigen Tagen, äußerlich garantiert unschädliche Anwendung. Auskunft ganz kostenfrei, nur Rückmarke erwünscht. Zollaufseh. **Osburg** S. 248, Mühlberg a. Elbe.

Hunger und Krankheit.

Erschütternd sind die Verhältnisse in Sowjetrußland vor allem auf sanitärem Gebiete. Nach einer Statistik in der „Iswestija" sind im November in Sowjet-Rußland, der Ukraine und Sibirien 3 915 000 Fälle von Flecktyphus, 3 264 000 Fälle von Magentyphus und 1 516 000 Fälle von anderen Typhuserscheinungen festgestellt worden.

Zieht man dann noch die furchtbare Notlage in Betracht, die durch das Fehlen von Lebensmitteln geschaffen, so kann man sich ein Bild machen, wie es um Rußland bestellt ist.

Laut der Moskauer „Iswestija" erhielt die ungefähr eine Million Köpfe starke Arbeiterbevölkerung der Stadt und des Gouvernements Moskau im Laufe von fünf Monaten des Jahres 1920: 661 Waggons Brotgetreide, 122 500 Pud Salz, 287 566 Pud Kartoffeln 140 733 Pud Kohl und 18 625 Pud Fleisch.

Das macht monatlich pro Kopf dieser Arbeiterbevölkerung: keine vollen 2 Pfund Kartoffeln, acht Zehntel Pfund Salz, neun Zehntel Pfund Kohl, ungefähr 60 Gramm Fleisch, und, die Waggonladung sogar mit dem Höchstgewicht von 1000 Pud angenommen, 4½ Pfund Brotgetreide.

Aus Stadt und Land.

** **Beerdigung der Flensburger Opfer.** Die Beerdigung der Opfer ist ruhig verlaufen. Bei 10 Opfern folgten nur die Angehörigen, während in einem anderen Falle eine Gewerkschaft in Stärke von 1500 Mann mit Musik teilnahm. Außer dem Geistlichen sprach ein Mehrheitssozialist und ein Vertreter der U. S. P. In den letzten Tagen fanden in sämtlichen Straßen und Häusern Haussuchungen nach Waffen und Munition statt.

** **Die Reichshauptstadt als Fischereiunternehmer.** Der Magistrat Berlin hat sich in einer Sitzung mit dem Ankauf von acht Fischdampfern für eine Fischereigesellschaft in Geestemünde beschäftigt. Er hat den Erwerb der Fischdampfer durch die Gesellschaft, an der die Stadt Berlin beteiligt ist, grundsätzlich genehmigt. Es handelt sich dabei um Fischdampfer, die einen Wert von etwa 30 Millionen Mark repräsentieren und für die Hochseefischerei gebaut sind.

** **Dreitausend Zentner Briketts beschlagnahmt.** Die Gruppe Pichelsdorf des Reichswasserschutzes beschlagnahmte unter Hinzuziehung der Spandauer Kohlenstelle am 7. Januar 3000 Zentner Briketts. Es handelt sich um Kohlen, die vor einiger Zeit mit einem havarierten Kahn gesunken sind. Die Beschlagnahme erfolgte, weil die Kohlen, die für die Allgemeinheit bestimmt waren, an einzelne Wäschereien usw. unter Umgehung der Rationierungsvorschriften widerrechtlich abgegeben werden sollten.

** **Ein Zeichen der Zeit.** Aus Heidelberg wird der „Frankfurter Zeitung" berichtet: Auf dem Königsstuhl in der Nähe des Kohlhofes wurde die Leiche eines Mannes aufgefunden, der sich vergiftet hatte und allem Anschein nach aus Frankfurt stammt. Bei dem Toten wurde ein Karton mit dem Namen Weil gefunden; ferner Bücher, auf denen der Name „Duerkenbergen" oder „Duerk v. Bergen" zu lesen ist. Der Tote ist anscheinend Akademiker. Er trug eine goldene Brille mit scharfen Gläsern. Seine Kleidung machte einen völlig verarmten Eindruck. Er hatte kein Hemd mehr auf dem Leibe.

** **In den Flammen umgekommen.** In Grünhainichen im Erzgebirge brach nachts in dem Endlerschen Gute Feuer aus. Es griff mit riesiger Schnelligkeit um sich, legte das Grundstück vollständig in Asche und vernichtete sämtliche Erntevorräte. Leider sind dem Feuer auch zwei blühende Menschenleben zum Opfer gefallen. Die 17jährige Tochter des Besitzers und der 24jährige Untermieter Schickel fanden durch Ersticken den Tod.

Steinheimer Lichtspiele.

Am Sonntag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr:

Die Schuld.

Drama in 4 Akten mit Henny Porten.

Paulchen Semmelmanns Flegeljahre.

Großes Lustspiel mit Paul Heidemann.

Preise der Plätze:

Sperrsitz 5.00 Mark. 1. Platz 4.00 Mark. 2. Platz 3.00 Mark. 3. Platz 2.00 Mark.

Hotel ‚Zur Krone'. Steinheimer Lichtspiele.